

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und...

Die Postfachnummer der Redaktion ist 4190, 4191 und 4192...

Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192...

GR E I H E I T

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wie lebt der Arbeiter in Sowjetrußland?

A. St. Die über alle Vorstellungen hinausreichenden phantastischen Zahlen, die die Geldwertung und Preissteigerungen in Sowjetrußland charakterisieren...

Die Tarifpolitik, die die Wirtschaftsorgane der Sowjetregierung in den Jahren 1918—1921 trieben, trieben, förderten in außerordentlichem Maße jene Tendenzen, die mehr und mehr zur Verelendung und verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse führten...

Die zweite Allrussische Tarifkonferenz im September 1921 machte den Versuch, in Verbindung mit der neuen Wirtschaftspolitik auch die Lohnpolitik in andere Bahnen zu lenken. Den tariflichen Lohnsätzen wurde das bisher verpönte Existenzminimum zugrunde gelegt...

Ueber den weiteren Gang der Preis- und Lohnbildung seit November vorigen Jahres gibt eine außerordentlich instruktive Studie des Genossen S. Schwarz in der letzten Nummer des „Sozialistischen Voten“ Aufschluß, die sich ausschließlich auf die offiziellen Angaben und Berichte der Sowjetpresse stützt...

Ungeachtet der enormen Steigerung der Nominallöhne, die alle Arbeiter in Millionäre verwandelte, sank der Reallohn von Monat zu Monat mit ungeheurer Schnelligkeit. Dieser Prozeß wird veranschaulicht durch die nachstehende Tabelle, aus demselben offiziellen Organ („Trud“, Nr. 110), die die Bewegung der Preise und Arbeitslöhne seit November 1921, gemessen in Vorkriegsrubel, zeigt.

Table with 3 columns: Month, Price, Wage. Rows for Nov 1921, Dec 1921, Jan 1922, Feb 1922, Mar 1922, Apr 1922, May 1922.

Demnach sind also seit November vorigen Jahres die Preise um das Fünffache, die Löhne jedoch...

Gegen Teuerung und Wucher

Gewerkschaften und Teuerung

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben gestern Stellung genommen zu den bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Teuerung. Was darüber bisher bekannt geworden ist, wird in den Kreisen der Gewerkschaften als vollkommen ungenügend erachtet.

Wir haben bereits in unserem Leitartikel vom Montag darauf hingewiesen, daß gegenüber den gewaltigen Marktschwüngen Finanz- und Preiskontrollmaßnahmen allein unwirksam erweisen müssen. Solange man nicht daran geht, den Reallohn gegen die fortgesetzte Ausdühlung der Kaufkraft der Mark zu sichern, werden alle Maßnahmen, die weitere Verelendung der Arbeiter, Angestellten und Beamten auch nicht hindern können.

Oeffentliche Brotversorgung nur für Minderbemittelte

(M.) Berlin, 1. September.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist eine Verordnung ausgearbeitet worden, durch die die öffentliche Brotversorgung auf die Minderbemittelten beschränkt werden soll. Durch diesen Entwurf werden, wie die „Dena“ erfährt, als nicht vorzunehmend diejenigen Personen erklärt, deren Einkommen 1921 für Alleinlebende 30 000 Mark, für den Haushaltsvorstand 30 000 Mark und für jede weitere Person im Haushalt 10 000 Mark überstiegen hat.

Das vielleicht auffällige Zurückweichen auf das Einkommen von 1921 erklärt sich aus dem Wunsch, eine fertig abgeschlossene Periode der Rechnuna anzuwenden zu lassen. Nach der Verordnung wird den Kommunalverbänden freie Hand gelassen, wie sie den Ausschluß der Überbemittelten vom Anspruch auf das Marktbrot durchführen wollen. Inwieweit dürfte die Vorlesung der Einkommensenermittlung für 1921 verlanat werden.

Das preussische Staatsministerium und der Kampf gegen die Teuerung

Das preussische Staatsministerium befahte sich in seiner gestrigen Sitzung, wie die PPN, hören, ausschließlich mit einer Besprechung der Maßnahmen, die als ausschützend für eine Bekämpfung von Wucher und Preistreibeerei auf dem Lebensmittelmärkte und bei den lebenswichtigsten Bedarfsartikeln in Frage kommen. In der Sitzung wurde die ungemein schwierige Lage des realen Handels anerkannt, dessen Betriebskapitalien unter der fortschreitenden Geldwertung zusammenzusinken. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß jeder willkürlichen und ungerichteten Preistreibeerei überall auf das nachdrücklichste entgegenzutreten werden müsse. Als taugliche Mittel zur Durchsetzung der Bemühungen um die Sicherung der Volksernährung wurde u. a. angesehen: Wiedereinführung des vielerorts nicht mehr bestehenden Zwanges zur Preisanzzeichnung sämtlicher Waren und besonders genauer Gewicht- und Preisbezeichnungen des Bodwerks in den Bäckereien; Heranziehung der Konsumentkreise zur Kontrolle der Preise in den Geschäften und auch auf den öffentlichen Lebensmittelmärkten. Man war sich weiter darüber klar, nach Möglichkeit die für das Publikum vielfach bestehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, daß Anzeigen gegen Preiswucherer auch sofort bei der richtigen Stelle angebracht werden könnten. Die Notwendigkeit einer Einschränkung der Zahl der immer mehr überhandnehmenden Ausschankstätten von Weinen und Likören und vor allem...

nur um das Fünffache gestiegen. Das bedeutet, daß der Reallohn des russischen Arbeiters im Mai dieses Jahres nur 30 Prozent des Reallohnes vom November 1921 und nur 15 Prozent des Reallohnes der Vorkriegszeit betrug. Im Juni und Juli zeigte sich, in Verbindung mit der etwas günstiger werdenden Finanzlage, keine weitere Senkung des Reallohnes. Im August jedoch setzte die weitere Senkung wieder ein.

Die Ursachen dieser fortgesetzten Verringerung der...

die unbedingte Verweigerung von Konzessionen für die Neuerrichtung von Weinstuben, Dienen und Bars wurde einstimmig anerkannt. Ebenso setzte sich das Staatsministerium für den großzügigen und umfassenden Ausbau der für den Winter geplanten Volksschlachen und Massenspeisungen ein. In die Reichsregierung wird die Anregung gerichtet werden, zur Sicherung des Bedarfs der Bevölkerung an Zucker und Margarine auch nicht von den einschneidendsten Maßnahmen zurückzuschrecken, wie auch gegen den Verkauf Deutschlands durch valutarstarke Ausländer mit allen nur möglichen Mitteln einzuschreiten.

Das Ministerium des Innern wird bereits in diesen Tagen mit einigen unmittelbar vor dem Abschluß stehenden Verordnungen herauskommen, die in der Richtung der in der Sitzung des Staatsministeriums diskutierten Vorschläge liegen und die u. a. auch den Unflug der Schlemmerlokale erheblich einschränken werden. Ueberhaupt werden die Verordnungen diejenige gezielte Handhaben bieten, die nach Lage der Dinge und bei den schwierigen Verhältnissen, die eine nichtstabilisierte Währung mit sich bringt, überhaupt zu schaffen sind.

Was bisher getan wurde

Der Reichswirtschaftsminister Schmidt äußerte sich über die Maßnahmen gegen die Teuerung einem Vertreter der PPN, gegenüber u. a. folgendermaßen:

Soweit das Reichswirtschaftsministerium allein zuständig ist, sind die notwendigen Maßnahmen bereits erfolgt. Die Verordnung über die Erhöhung der Ausfuhrabgabe — allgemein 60 % Aufschlag auf die bisherige Ausfuhrabgabe — ist ergangen. Ebenso der erste Teil der Einfuhrzölle, nämlich die Einfuhrverbote für Tabak und alle seine Nebenprodukte, ferner für Hummer, Kakaochokolade und Kakaoöl. Für weitere Einfuhrverbote, a. B. zahlreiche Arten von Sädfrüchten, bedarf es der Zustimmung des Ernährungsministeriums. Nun werden am Mittwoch in Hamburg die Vertreter der Länder nochmals mit dem Ernährungsminister das ganze Ernährungsprogramm durchsprechen, und es werden dann wohl weitere Entscheidungen heranziehen.

Auf dem Gebiet der Ernährung steht zunächst der Getreideumlagepreis wieder zur Entscheidung. Der Kartoffelpreis erscheint gegenwärtig angesichts der günstigen Ernterwartungen nicht übermäßig hoch. Man wird deshalb die Einwendungen gegen Wiedereinführung einer gewisser Kartoffelzwangswirtschaft wahrscheinlich hart beachten, zumal sehr günstige Lieferungsverträge der Genossenschaften eine gewisse Sicherstellung des Kartoffelbedarfs bedeuten. In der Bierfrage hat kein deutscher Bundesstaat gegen die Herabsetzung der Stammwürze grundlegenden Einspruch erhoben. Bayern wünscht nur eine Ausnahme für sein Exportbier. Das Verbot des Branntweinausauschanks wird auf der Hamburger Zusammenkunft am Mittwoch weiter erörtert werden. — Gegen die Schlemmerei haben wir ein neues Gesetz ausgearbeitet, das die Konzessionspflicht verschärft. Ferner sollen die Wohnungsämter in Zukunft bei der Verwendung von Räumen als Schankstätten mit gehört werden. Auch gegen Wucher und willkürliche Preisserhöhung sind an sich die gesetzlichen Bestimmungen schon sehr streng.

Beim Zucker dürfte die Rückkehr zur Zwangswirtschaft unvermeidlich sein.

Noch gar keine Entscheidungen sind auf dem finanzpolitischen Gebiet gefällt. Außer der Devisenkontrolle brauchen wir nach meiner Meinung kurzfristige Goldschahwechsel, um der Flucht aus der deutschen Mark entgegenzuwirken. Natürlich ist das für die Finanzverwaltung ein sehr großes Risiko, wenn man annimmt, daß der Dollar noch einmal weit über 2000 steigen könnte. Aber es ist noch kein anderes Mittel vorzuschlagen worden, um die Markflucht wirksam zu bekämpfen. Und wenn wir gegen die Markflucht nichts unternehmen, zerrütten wir das ganze Wirtschaftsleben, treiben wir die Preise ins Endlose und zerstören wir die Konsumkraft weitester Bevölkerungskreise.

Maßnahmen des Reichsarbeitsministeriums

Der R. A. M. plant Maßnahmen für Rentenempfänger, u. a. sollen Mittel für Notstandarbeiten bereitgestellt werden. Die Leistungen der Krankenkassen sollen gleichfalls eine Erhöhung erfahren.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollen nach einem Beschluß des Ministerrats, in den am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffenen Provinzen öffentliche Arbeiten im Betrage von 200—250 Millionen ausgeführt werden.

Reallohne liegen keineswegs allein auf finanzpolitischem Gebiete. Vielmehr liegt in der Senkung der Arbeitslöhne ein bestimmtes System, das von den Organen der Sowjetregierung bewußt durchgeführt wird. Vom Dezember 1921 bis Februar 1922 hat das zentrale Exekutivkomitee systematisch und bewußt die Arbeitslöhne herabgedrückt. Nach den statistischen Angaben, die aus 25 Gouvernements vorliegen, mußte der durchschnittliche Arbeitslohn für Dezember, um das Existenzminimum der Arbeiter zu...

Das Echo der Pariser Entscheidung

Der Spruch der Reparationskommission über das deutsche Moratoriumsgesetz wird eifrig in der in- und ausländischen Presse besprochen. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die ausländische Presse über die Entscheidung erleichtert aufatmet und die in ihr enthaltene Vertagung des ganzen Reparationsproblems und damit die Erhaltung der Entente gutheißt. — Was die deutsche Presse anbelangt, so benutzen die Rechts- und Linksextremen den Pariser Abschluß zu einer neuen Hege gegen die Erfüllungspolitik und die Wirtschaft. Das ist nichts Neues. Neu dagegen ist, daß sich diesem Chorus diesmal auch der Exsozialist Paul Jensch in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ anschließt. Nachdem er für einen neuen Burgfrieden in Form einer nationalen Einheitsfront zwischen Arbeiter und Unternehmer unter Führung der Industriepropaganda machte, schrieb er gestern von der „sprichwörtlichen Unzuverlässigkeit“ der Wirtschaft, die „nie das Vertrauen des Auslandes besessen und es im Inlande längst verloren“ habe. In der gestrigen Abendausgabe der D. A. Z. wird die Herunterreibung der Wirtschaft auf außenpolitischem Gebiete fortgesetzt. — Nach alledem scheint sich Jensch wieder einmal zu wandeln. Denn wir vermögen nicht anzunehmen, daß er als verbissener Franzosenfeind nicht merkt, daß seine völlig unbegründeten Angriffe auf die Reichsregierung direkt Poincaré in die Hände arbeiten. Das tollste ist, daß Jensch offenbar selbst nicht einmal weiß, was er eigentlich will. Vielleicht wird er bald etwas deutlicher!

Die Regierungspresse spricht mehr oder weniger deutlich aus, daß Deutschland die Bedingungen der Pariser Entscheidung annehmen muß. Wir lassen nachstehend die wichtigsten Presseäußerungen zur Unterrichtung unserer Leser folgen.

Vorwärts: „Die Annahmen, die die Reparationskommission an die deutsche Regierung und das deutsche Volk stellt, sind also keineswegs leicht. Trotzdem wäre es töricht, den Augen, den man in Paris gesunden hat, von der Hand zu weisen. Die belgische Regierung hat sich als der Verzicht nicht unangenehm erwiesen. Es ist ein Zeichen von Vertrauen, wenn sie sich bereit erklärt, mit uns an der Abmachung zu treffen, ohne vorher von der Rückendeckung, die die Entente als Gesamtheit bietet, Gebrauch zu machen. Dieses Vertrauen ist wert, von uns erwidert zu werden. Gerade der Mangel an internationalem Vertrauen ist es ja, der heute auf der ganzen Welt laftet. Es wäre ein sehr großer Fortschritt, wenn nun zum erstenmal sich zwei Vertragspartner aus der Zeit der Pariser Verhandlungen zu einer Uebereinkunft zusammenfinden, die das gegenseitige Vertrauen auf Grundlauge hätte.“

Bosnische Zeitung: Andererseits ist daran nicht zu zweifeln, daß die deutsche Regierung um den Versuch bemüht sein wird, mit Belgien zu einer Einigung über irgendwelche anderen Sicherheiten zu kommen. Nach den neuesten Pariser Meldungen will sich Belgien, dem ja in erster Linie die jetzigen Ratenzahlungen Deutschlands vertrauensmäßig zugute kommen, mit den deutschen Schwachstellen für befriedigt erklären. Es hat dadurch dem Fortschritt der Verhandlungen einen gewissen Dienst geleistet. Und wenn sich eine politisch-parlamentarische modalität der Verbürgung finden läßt, so wird Deutschland zum Entgegenkommen bereit sein. Aumal in der Hoffnung besteht, daß nach den amerikanischen Novemberwahlen die grundsätzliche Frage der Schuldentilgung unter den Alliierten und damit auch die im Wortlaut des Beschlusses der Reparationskommission bereits angedeutete Ermäßigung der deutschen Reparationsverpflichtungen gelöst werden kann.

Berliner Tageblatt: Am Herbst soll die große internationale Konferenz in Brüssel stattfinden. Wir hoffen, daß man dort endlich aus all den trüben Erfahrungen der letzten Vergangenheit lernen und die Winderwartungsfraße auf eine Grundlage stellen wird, die praktisch durchführbar ist. Bisher sind die Alliierten von Illusion zu Illusion geschritten. Allein eine konsequente Erfüllungspolitik, die durch Tatsachen den Beweis über die wirkliche Leistungsfähigkeit oder, besser, Leistungsunfähigkeit Deutschlands erbracht, könnte die Entente schrittweise diese Erkenntnis abrinnein.

Germania: Die Entscheidung der Reparationskommission bedeutet immerhin für Deutschland ohne Zweifel eine Zahlungserschöpfung, wenn auch nicht diejenige, auf die wir mit Rücksicht auf unsere Wirtschaftslage gehofft hatten. Die Erleichterung wird zunächst nur für einige Monate gewährt, wozu sich aber doch auch die Aussicht auf eine der Lage Deutschlands entsprechende Reduktion des Reparationsproblems nicht nur nicht verbaut, sondern diese Reduktion zum ersten Mal ernstlich in nahe Sicht gerückt. Im übrigen kommt es jetzt zunächst auf die Garantien an, die Belgien fordert. Wir wollen hoffen, daß es sich bei den Verhandlungen von vernünftigen, maßvollen Ueberlegungen leiten lassen wird.

Kreuzzeitung: Wir stehen also vor einem neuen Ultimatum in der Reparationsfrage. Darüber können und auch die schönen Worte in der englischen Presse nicht hinwegtäuschen, mit denen sie die englische Niederlage zu verschleiern sucht. Politisch ist unsere Lage immer schlechter geworden. Denn wir stehen nunmehr einem einstimmigen Beschluß der Entschädigungsausschüsse gegenüber, also einer geschlossenen Front. Und außerdem hebt die französische Presse mit einem Grund hervor, daß durch diesen Beschluß ein Präzedenz für die Zulassung des gesonderten Vorgehens eines Gläubigerkreises gegen Deutschland geschaffen sei.

Somit ist die für den Augenblick von der Reparationskommission getroffene Entscheidung für uns unannehmbar.

Auslandstimmen

Die belgische Presse äußert allgemeine Befriedigung über die Entscheidung der Reparationskommission. Den Blättern zufolge zeigten sich die ministeriellen Kreise am Donnerstag Abend mit der in Paris gefundenen Lösung sehr zufrieden.

Die Pariser Morgenblätter geben zunächst ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß das Moratorium, wie es John Bradbury in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission beantragt hatte, einfach abgelehnt wurde. In dieser Hinsicht erhalte die französische Regierung volle Genugtuung. Vertrieben könne es auch, daß nunmehr durch den Beschluß eine neue Zahlungsmethode eingeführt wurde, weil sich Belgien direkt mit Deutschland verständigen konnte. Aus dieser Tatsache werde Frankreich zu gegebener Zeit seinen Vorteil zu ziehen wissen. Ferner wird es als für Frankreich günstig angesehen, daß jeder Versuch gegen die Zahlungsbedingungen, die Deutschland gegenüber Belgien zu erfüllen hat, sofort als absichtliche Verletzung gekennzeichnet werden und Strafmaßnahmen nach sich ziehen können.

Bayern vor dem Ueberwachungsausschuß

Der vom Reichstag zur Ueberwachung der Verfassung eingelegte Ausschuss trat heute unter dem Vorsitz des Abgeordneten Scheidemann zusammen, um sich mit der Handhabung der republikanischen Schutzgesetze in Bayern zu beschäftigen. Die Sitzung war auf Antrag des Vizepräsidenten Rosenfeld einberufen, der namens der UEBV verlangte, daß der Reichstag die Gültigkeit der zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung getroffenen Vereinbarungen nachprüfe.

Genosse Rosenfeld

Legte in der gestrigen Sitzung dar, daß die Beratungen über die Durchführungen der republikanischen Schutzgesetze in Bayern im deutschen Volke Bestreben erregt haben. Die Gesetze seien ordnungsgemäß vom Reichstag beschlossen und es sei nicht richtig, hinterher erst noch mit einer Landesregierung darüber zu verhandeln, ob sie die Schutzgesetze anerkenne. Der Reichspräsident hätte mit einem Federstrich die bayerische Ausnahmeverordnung aufheben müssen. Statt dessen habe man mit der bayerischen Regierung verhandelt und sei Schritt für Schritt vor ihr zurückgewichen. Es sei schon nicht zu billigen, daß die Reichsregierung mit der Regierung eines Landes über die Durchführung eines Reichsgesetzes verhandelt habe, noch schlimmer aber sei, daß

Die Vereinbarungen teilweise Reichsgesetze abändern.

Genosse Rosenfeld legte dies in einer ganzen Reihe von Beispielen dar. Er rügt vor allem die Einrichtung eines besonderen süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof, die Art der Auswahl der Richter, Abänderungen des Beamtengesetzes und die Befreiung der geringen Ansätze einer Reichs-Exekutive, die im Gesetz beschlossen worden sei. Der ersten Vereinbarung mit Bayern sei auf Verlangen der Regierung Verhefenfeld sogar

noch eine zweite Vereinbarung

gefolgt, durch die die Reichsregierung abermals Bayern nachgegeben habe. Man lehre sich in Bayern nicht an die Reichsgesetze. Trotz der Schutzgesetze würden weiter Regimentsfeiern veranstaltet und die Reichswehr habe an der Hindenburg-Feier, wenn auch nur in einer Seitenstraße, teilgenommen. Sogar auf dem Katholikentag sei monarchistische Propaganda getrieben worden, ohne daß republikanische Minister Widerspruch erhoben hätten. Sozialistische Zeitungen aller Richtungen würden in Bayern verboten. Die monarchistische Heppresse aber könne ungehindert erscheinen. Sozialistische Redakteure würden verhaftet und im Gefängnis schlecht behandelt. Monarchistische Heppresse aber könnten ungehindert für die Befestigung der Republik agitieren. Wir verlangen ein

schärferes Auftreten gegen die bayerische Regierung

zum Schutze der deutschen Republik.

Abgeordneter Bayer von der Bayerischen Volkspartei verteidigt die bayerische Regierung und die Bayerische Volkspartei. Die Schutzgesetze hätten in Bayern eine so tiefe Verwurzelung des Volkes hervorgerufen, daß die bayerische Regierung die Ausnahmeverordnung hätte erlassen müssen. Der Staatsgerichtshof ist Verfassungsgericht, und wir sind der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten

für die Vereinbarungen außerordentlich dankbar.

Ich stehe für die völlig loyale Haltung und für die Reichstreue der bayerischen Regierung und der Bayerischen Volkspartei ein. Wir sind von den rechts-politischen Kreisen scharf abgerufen und wünschen, daß die Vereinbarungen durchgeführt werden.

Reichskanzler Wirth:

Es sei ein schmerzliches Ereignis, daß trotz der getroffenen Vereinbarungen der bayerische Abgeordnete Scheidemann die Frage aufwarf, ob die bayerische Regierung die Reichsgesetze anerkenne. Wenn erst die Landesregierungen die Anerkennung von Reichsgesetzen ausdrücken müssen, ist

die Einheit des Reiches dahin.

Ein gewisser Friede ist erreicht. Trotzdem aber hebt die Presse der Bayerischen Volkspartei weiter. Ihre Verhöhnung übersteigere alle Beschränkungen. Weiter, Schritte zum Einheitsstaat können wir in absehbarer Zeit nicht unternehmen. Die Lebensnotwendigkeiten des Reiches sind jetzt gesichert und an weitere Eingriffe in die Landeshoheit ist nicht zu denken. Für den Katholikentag ist die Zentrumspartei nicht verantwortlich. Jetzt im Amte befindliche republikanische Minister der Zentrumspartei haben den gegen die Republik gerichteten Angriffen auf dem Katholikentag nicht zuge-

stimmt. (Gen. Rosenfeld: Sie haben aber auch nicht widersprochen!)

Der Reichskanzler fortsetzend: Dazu war keine Gelegenheit.

Die Minister Naibruch und Ritter legen dar, daß weder bezüglich des Schutzgesetzes noch bezüglich des Reichsbeamtengesetzes und des Reichskriminalpolizeigesetzes mit der bayerischen Regierung Vereinbarungen getroffen worden seien, die die Gesetze abändern. Man habe nur festgelegt, was bei der Ausführung der Gesetze unbedingt hätte beachtet werden müssen.

Bayern habe kein neues Vorrecht erhalten.

allerdings seien die Vereinbarungen bei nicht ganz geschickter Handhabung geeignet, an die Stelle eines großen Konfliktes kleine Reibungen zu setzen. Und Bayern habe viel mehr gefordert als es erhalten habe. Die Reichs-Exekutive sei bestehen geblieben.

Abg. Braun (Sozialdemokrat) wendet sich aufs Schärfste gegen den Abgeordneten Bayer und verlangt, daß an den Schutzgesetzen keine Änderungen vorgenommen werden. Die Aufhebung Bayerns gegen diese Gesetze sei künstlich inszeniert. „Die Minister haben mich nicht überzeugt, daß alles möglich ist, was geschehen möchte. Die Reichsregierung hätte gewiß den besten Willen, die Schutzgesetze durchzuführen, aber sie hat auf die fürchterliche Not Rücksicht nehmen müssen, in der sich das deutsche Volk befindet. Sie wollte das deutsche Reich nicht weiter schwächen lassen und hat offenbar nur deshalb Zugeständnisse gemacht, die sie in normalen Zeiten abgelehnt hätte. Wir haben den Gang der Verhandlungen auf das lebhafteste bedauert. Wir müssen den Gedanken der Republik härten, damit solche Verhandlungen nicht mehr möglich sind!“

Genosse Unterleitner erklärt sich ebenfalls durch die Vereinbarungen mit Bayern nicht befriedigt. Die Schutzgesetze werden in Bayern nicht ausgeführt und die Reichsregierung hat sich leider zu schwach gezeigt, um die Ausführung dieser Gesetze in Bayern zu bewirken.

In Bayern wird weiter gewühlt

und wir werden bald einen neuen Konflikt haben. In Bayern wird die monarchistische Propaganda unbeschränkt getrieben. Abhilfe Waffenslager gibt es in Bayern, und die Regierung schreitet nicht ein. Unbehindert wird die Reichsregierung in der Presse Tag für Tag beschimpft, nur ein Teil der Bayerischen Volkspartei erkennt die Verfassung an. Das bayerische Volk ist im allgemeinen gar nicht gegen die Republik und gegen die Verfassung. Das hat sich bei den großen Demonstrationen nach dem Rathenau-Mord klar gezeigt. Wenn die monarchische Hege nicht wäre, würde in Bayern längst Ruhe eintreten sein, aber diese Hege ist jetzt schlimmer als vorher.

Mit dem Zurückweichen vor der bayerischen Regierung hat die Reichsregierung auch dem republikanischen Bürgertum einen Schlag versetzt. Wir wünschen, daß die Reichsregierung stark bleibt gegen Bayern.

Abg. Gerat (Deutschnational) und Abg. Raßl (Deutsche Volkspartei) sprechen ihre Zustimmung zu den bayerischen Vereinbarungen aus. Abg. Gerat: Es gibt noch Grundrechte, die nicht in der Verfassung niedergelegt sind. Die Regierung hätte die politische Erkenntnis, welche sie jetzt in Bayern bezieht hat, auch in der ganzen Frage der Schutzgesetze beweisen sollen. Sie müßte einsehen, daß die Parole: „Der Feind steht rechts“ jetzt ebenso mannbast zur Aufgabe genommen werden muß, wie die Reichsregierung mannbast vor Bayern angetreten hat. Abg. Spahn (DZ.) ist im allgemeinen mit dem Vorgehen der Regierung einverstanden, spricht aber sein Bestreben darüber aus, daß die Reichsregierung einen besonderen süddeutschen Senat zugefunden habe. — Abg. Erkelenz (Demokrat) billigt die Haltung der Reichsregierung, wenn allerdings auch die Verständigung mit Bayern in einzelnen Punkten über das hinausgehe, was nach der Ansicht vieler für das Reich erträglich sei. —

Gen. Rosenfeld erklärt sich durch die Darlegungen der Regierung nicht sehr befriedigt. Die Zustimmung, welche die Regierung bei den Deutschnationalen gefunden habe, müsse den Ministern doch wohl zu denken geben. Jedes Zurückweichen vor der Rechten ermuntere diese zu neuen Forderungen. Die Deutschnationalen in Bayern haben sogar noch nach den Vereinbarungen von neuem den Kampf gegen die republikanischen Schutzgesetze verflündet. Nur mit Energie kann die Reichsregierung die Republik schützen. Recht kraft in der Vertretung der Republik müsse von der Regierung gefordert werden.

Der entscheidende französische Ministerrat

(E.) Paris, 1. September. Das amtliche Communiqué über den heutigen Ministerrat lautet: Nachdem die Reparationskommission Deutschland das erbetene Moratorium nicht gewährt, war der Ministerrat der Ankündigung, daß er im Augenblick die Entscheidung der Kommission zur Kenntnis zu nehmen habe. Da Belgien gemäß seiner Vorrangrechte die Gesamtheit der nächstfolgenden Zahlungen zu erhalten hat und Belgien nicht nur selbst die von der Kommission angenommene Zahlungsweise gutheißt, sondern sie sogar in Vorschlag brachte, war der Ministerrat der Meinung, sich keine Bindungsfreiheit vorbehalten zu sollen, bis die in Aussicht genommenen Bedingungen erfüllt seien. Im Sinne des vom Ministerpräsidenten in London unterzeichneten Beschlusses beschloß der Ministerrat, darauf zu dringen, daß baldmöglichst eine Konferenz anberufen werden solle, zu der alle Alliierten ausnahmslos berufen werden sollen. Diese Konferenz soll die Frage der interalliierten Zahlungen und die der Reparationen in ihrer Gesamtheit prüfen. Andererseits habe der Ministerrat Beschluß über den Wortlaut der Ant-wortnote an Valfour.

Die „Deutsche Allgem. Zeitung“ verboten

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, ist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wegen der haltlosen und unqualifizierten Angriffe ihres Chefredakteurs Jensch gegen die Reichsregierung und den Reichskanzler Wirth im besonderen auf acht Tage verboten worden.

Ende des französischen Generalstreiks

(E.) Le Havre, 1. September. Nach einer Voranmeldung haben alle Arbeiterverbände mit Ausnahme der Metall-, Textil- und Gasarbeiter die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Verkürzung eines Zeitungserbotes. Das polizeiliche Verbot der Hamburger Volkszeitung wurde auf Grund einer Beschwerde des Walfes durch den Senat von 4 Uebereinstimmig 11 Tage herabgesetzt. Das Blatt wird von Montag, den 4. September, ab wieder erscheinen.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, den 2. September

Kinder- und Jugendgruppe des Erziehers für die proletarischen Eltern...

Sonntag, den 3. September

1. Verwaltungsrat, 2. und 3. Diktat, Die Genossinnen und Genossen...

Montag, den 4. September

4. Verwaltungsrat, 11., 12., 13. und 14. Diktat, Vollerhebung...

Vereinskalender

Sonnabend, den 2. September

Freie Lehrergewerkschaft, Die Sitzung der freien Lehrergewerkschaft...

Montag, den 4. September

Funktionäre der deutschen Industrie, Abends 6 Uhr im Terrinofel...

Jugendbewegung

So. Protestantischer Jugend, Der Erwerb und Gesangschor...

Wittich, den 4. September, Vortrag des Genossen Paul Seibel...

Peterburger Viertel, Montag und Mittwoch Spielen im Friedlichsdain...

Sozialistische Professoren-Jugend, Die Gruppe beteiligt sich...

Arbeiterport

Kreier-Kahler-Bund, 'Solidarität', Berlin, Louren für Sonntag...

Arbeiter-Sportklub, Berlin, am Sonntag, den 3. September...

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin, für den...

Theater- und Vergnügungen

Volksbühne, Theater am Nollendorfplatz, Neues Theater, Komödienhaus...

Sonntag, den 3. und 10. September finden im Theater i. d. Königgrätzer Straße...

Unsere Herbst- und Winter-Garderoben, Tei zahlung, Grebler Weinbergweg 4...

Zum Limmofun, Mit der Köchlein arbeitet Dienst, Er ist völlig rein...

Alhambra, am Moritzplatz, Paul Förster, Deutschiands größt. Improvisator...

Gold, Silber, Platin, Zeitungen bis 10 Mk., Flaschen bis 12 Mk....

Lesen und staunen!, Herren Ia Naturlederstiefel, Damen - Stiefel Chevreau, Damen-Lack-Schnürschuhe...

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen, einen Abonnenten zu gewinnen...

Kleine Anzeigen, Brillanten, Gold, Silber, Kurt Kehlert, Berlin, Lothringer Str. 34...

